

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Schlierbrück, Rönahl, Rierspe, Rierspe-Vhl., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Telegraphen-Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 254

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. —
Bezugspreis: Vierteljährlich am Postamt abgeholt 4,50 Mk.
durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus ge-
bracht 5,40 Mark.

Halver

Donnerstag, den 30. Oktober.

Anzeigen: Für die einseitige Beilage aber deren Raum
25 Hg. Beilage 75 Hg. bei Aufnahme in unferen Sam-
lichen Katalogen. — Jede Rubrikveränderung wird pünktlich
bei ungenügender Bezahlung der Gebühren.

20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung ist in Paris erneut wegen sofortiger Heimführung der Kriegsgefangenen vorstellig geworden.
- * Die Nachricht von dem Einzug polnischer Truppen in Thorn wird amtlich als unzutreffend bezeichnet.
- * Die Berliner Börse blieb am Dienstag geschlossen.
- * Ein preussischer und ein bayerischer Erzbischof werden demnächst nach Rom reisen zum Bericht über die kirchliche Lage und zum Empfang weiterer Instruktionen.
- * Bei den Wahlen zur Landesversammlung in Württemberg hat die republikanische Regierung eine völlige Niederlage erlitten, da sie nur zwei Sitze erhält gegenüber 25 der ver-einigten übrigen Parteien.
- * Gegen die Führer des wilden Eisenbahnerstreiks vom Sommer in Frankfurt a. M. ist das Verfahren wegen Aus-ruchs eingeleitet worden.
- * Die abstimmungsberechtigten Kriegsgefangenen in England sollen beschleunigt nach Deutschland gebracht werden.
- * Die Hochzeit der Großherzogin Charlotte von Luxem-burg mit dem Prinzen Felix von Bourbon und Parma wird in Luxemburg am 6. November stattfinden.
- * Bei Petersburg ist eine heftige Feldschlacht zwischen General Judenitsch und den Bolschewisten im Gange.

Amerikanische Methoden.

Wie Lloyd George mit dem Generalstreik der britischen Eisenbahner fertig geworden ist, haben wir alle noch frisch im Gedächtnis: tatkräftigste Fürsorge für die Aufrecht-erhaltung des notwendigen Güterverkehrs, unbedingtes Verlangen nach vorbehaltloser Wiederaufnahme der Arbeit, und Bereitwilligkeit, danach mit den Ausländern über diesen oder jenen Teil ihrer Forderungen ordnungsgemäß zu verhandeln. Gestützt auf diese vollkommen gelösten öffentlichen Meinung seines Volkes, konnte er so in wenigen Tagen auf einen der größten Triumphe seines Lebens zurückblicken. Jetzt scheint sich das gleiche Spiel in den Vereinigten Staaten von Nordamerika abspielen zu wollen. Wir werden sehen, ob sich auch dort ein Lloyd George findet, der den Drachen der landverwüstenden Zwicktracht mit gewaltigen Streichen zu erledigen versteht.

Anstalten dazu werden bereits getroffen. Hier sind es die Kohlenbergarbeiter, die im vordersten Treffen stehen. Seit Monaten wird mit ihnen darüber verhandelt, wie die wirtschaftlichen Folgen der Kriegsbeteiligung am besten zu überwinden seien, aber selbst Herr Wilson hat schließlich keinen Ausweg und keine Vermittlung zu finden vermocht; er, vor dessen Wort sich fast ganz Europa gebeugt hat, sitzt bei der Arbeiterschaft seines eigenen Landes auf unüberwindlichen Widerstand. Auch ein letzter Versuch, durch Veranlassung einer sogenannten Industriefonferenz den ganzen unheilswahrenden Konfliktstoff in einem ungeheuren Brei von verschlingungsbedingten Reden und über alle wahren Abgründe hinwegluzifizierenden Beschüssen aufzulösen, ist kläglich mißlungen — es müßt jetzt alles nichts mehr, es muß endlich gepöppelt werden in Amerika, nachdem beide Teile, Kapitalisten wie Arbeiter, soviel Zeit mit Mundspitzen ver-loren haben. Und wie nicht anders zu erwarten war, stellt sich die Staatsgewalt entschlossen mit beiden Füssen auf die Seite des Kapitals gegen die Arbeiter. Das Kabinett in Washington hat die Exekutiv-gewalt des Präsidenten an sich gezogen und ein Manifest erlassen, worin der für nächsten Sonnabend angekündigte Streik der Kohlenarbeiter für ungesetzlich erklärt wird. Die Streikführer werden aufgefordert, alle Streikbefehle sofort zu widerrufen. Der Senat ist dabei, eine Ge-schlechtsung zu fassen, durch die dem Kabinett die volle Unterstützung des Kongresses in dieser Sache zugesichert wird; insbesondere soll er beabsichtigen, einen sich etwa entwickelnden Eisenbahnerstreik von vornherein für ver-boten zu erklären. Auf der Gegenseite wird mit so ortiger Arbeitsniederlegung gedroht, falls es wirklich dazu kommen sollte. Die Bergarbeiter fordern eine 60prozentige Lohnerhöhung und die dreiwöchentliche Arbeitswoche, was für die Gesamtwirtschaft eine jährliche Mehrbelastung von einer Milliarde Dollar bedeuten würde, gleich einer Steuer von 10 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung. Also es lohnt schon, um dieses Objekt zu kämpfen.

Indessen, ob die amerikanische Regierung ebenso leichtem Spiels davon kommen wird, wie es der englischen beschieden war, ist trotz der Gleichheit der Mittel, deren sie sich jetzt zur Abwehr bedienen will, noch sehr die Frage. Das amerikanische Volk hat nicht entriert das Maß von nationaler Schamung durchgemacht, aus das die Briten zurückblicken, und sie entbehren der unüberwindlichen Sicher-heit des nationalen Instinkts zum mindesten in denjenigen Fragen, bei denen das Ausland nicht beteiligt ist. Und der amerikanische Arbeiter glaubt, wenn er die Gewer-industrie oder das Verkehrsleben zum Stillstand bringen will, weniger das Allgemeininteresse gefährdet als die Profite des alles beherrschenden Großkapitals, von dem er ganz genau weiß, daß es mit den hohen Regierungs-männern in Washington nicht viel weniger verwandt und verwandter ist als mit den sehr ehrenwerten Mitgliedern der beiden Häuser des Kongresses. Die Sauberkeit des öffentlichen Lebens in Amerika läßt viel zu sehr zu wünschen übrig. Das muß sich rächen in einem Machtkampf, in dem der ohnehin stärkere Gegner noch die ganze Staatsgewalt auf seine Seite bringt. Jedenfalls werden Recht und Moral hier anders verteilt sein als es in England der Fall war. So wird es denn wohl auch einer größeren Brutalität bedürfen, um die amerikanischen Arbeiter unter das Machtgebot des Staates zu beugen. Es trifft sich gut, daß dieser Kampf in demselben Augenblick entbrennen will, da die erste, von dem noch nicht existierenden Völkerverbund einberufene internationale Arbeiterkonferenz in Washington zusammentreten soll. Der Anschauungsunterricht, den die Herren zu gewärtigen

haben, wird sie hoffentlich vor Verschlingungen bewahren, die im besten Falle eine Vermehrung der internationalen Matulatur darstellen. Es gibt wahrlich jetzt Besseres zu tun auf der Welt.

Deutsche Nationalversammlung.

(110. Sitzung.) OB. Berlin, 28. Oktober.
Die Verhandlungen über den Haushalt des Reichs-wirtschaftsministeriums kamen gestern nicht zu Ende und wurden heute fortgesetzt. Vorher wurde eine Anzahl von kurzen Anfragen erledigt. Der Abg. Dettus (Dem.) wies darauf hin, daß die Verträge der Empfänger von Unrenten in keiner Weise auf-gebeßert worden sind. Ein Rentneraspirerter erwiderte darauf, daß Verhandlungen eingeleitet sind, die vor dem Ab-schluß stehen. Der Abg. Dr. Niekemann (Deutsche Vp.) forderte die Heimführung unserer nach in Ägypten befind-lichen Kriegsgefangenen. Geheimrat v. Koller berichtete darüber, daß nach Mitteilungen der schwedischen Regierung in Alexandria die Lagerverhältnisse im allgemeinen als er-träglich angesehen werden können. Gegen Mißstände ist Ein-wirkung erhoben worden. Der Gesundheitszustand vieler Ge-fangenen läßt zu wünschen übrig. Zweidrittel der Kriegs-gefangenen ist von Dampfern abgeholt worden. Weitere Schiffe führe man mit größter Beschleunigung heran, um die Heimreise durchzuführen. Es ist zu hoffen, daß die Gefangenen bald die Heimat erreichen werden. Die bedeutungsvolle der Anfragen war folgende: Auch sie kamme von dem Abg. Dr. Niekemann (Deutsche Vp.) und betraf die Verbreitung falscher 50-Mark-Scheine.

Der Antragende erklärte, daß diese Verbreitung in letzter Zeit wieder einen erschreckenden Umfang angenommen habe. Die Fälschungen sollen hauptsächlich von böhmischen Heide be-trieben werden, um eine Verwirrung unserer Geldmehrs herbeizuführen. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichs-regierung dazu zu ergreifen? Die dazu abgegebene Erklärung des Regierungsreferenten Dr. Vener besagte, es trübe nicht an, daß die Fälschungen einen erschreckenden Umfang an-genommen haben. Im Gegenteil, es ist infolge des nach-drücklichen Einschreitens gegen die Fälschungen eine Ver-ringerung der Fälschungen festzustellen. Es ist eine be-sondere Fälschungsbildung eingerichtet worden, die sich mit der Verfolgung der Fälschungen zu befassen hat. Es sind Verordnungen aufgegeben, um die Mittel der Fälschung zu erlangen. Es ist in 4 Wochen gelungen, vierundzwanzig Fälschungsanwärter zu ergreifen, die in sechs und mehrere hundert Fälschungen, die im Laufe von noch nicht er-gänzten Tagen in die Welt kommen. Für die Verurteilung, daß die Fälschungen von holländischer Seite betrieben werden. Gegen keine holländische Arbeitskräfte vor. In drei Fällen sind falsche Scheine aus dem Ausland gekommen. Die meisten aus den Niederlanden. Die Fälschungen sind in den Niederlanden zu finden. Mitle Nomis werden neue Platen angeordnet werden, die technisch herzustellen herbeizuführen. Die Fälschungen im großen Umfang nicht zu befürchten sind. Der Abgeordnete Niekemann fragte darauf: Will man annehmen, daß Fälschungen von deutscher holländischer Seite vorzunehmen sind? Die Antwort darauf lautete: Freilich welche Anhaltspunkte in dieser Hinsicht sind niemals angebracht.

Erst wurde die Anfrage des Abg. Freiherrn v. Niekemann (Dem.) betraf die Verweigerung der Einreise für ein holländisches Schiff. Die Einreise wurde da auf Befehl der Reichsregierung verweigert. Die Reichsregierung erklärte, daß die Verweigerung einträte, weil die holländische Regierung sich diese Verweigerung mit Rücksicht auf die in Deutschland be-findende Lebensmittellieferung verweigert habe. Wenn den Deutschen in Amerika Schwierigkeiten gemacht werden, so geschieht das, weil die amerikanische Regierung der Ansicht ist, daß der Kriegszustand mit Deutschland noch nicht aufgehoben sei. Dagegen sei Einspruch erhoben. Es seien jetzt wirksame Verhandlungen im Gange. Auf eine Anfrage des Abg. Niekemann (Deutsche Vp.), die sich auf den Stellung der Reichsregierung bezog, wurde vom Unterstaats-sekretär demnach die allgemeine Bedeutung beistehende Antwort erteilt, neuerdings habe der Haushaltsausschuß der deut-schen Landesversammlung beschlossen, der Nationalversammlung die Annahme eines Beschlusses zu empfehlen, wonach künftig für die Arbeiterräte keine staatlichen Mittel mehr verwendet werden dürfen. Bei Annahme dieses Beschlusses durch die Landesversammlung würde eine weitere Kontroll-tätigkeit von Arbeiterräten bei einer staatlichen Behörde in Fortfall kommen. Darauf wandte man sich wieder dem Haus-halt des Reichswirtschaftsministeriums zu. Die allgemeine Ausdrucksweise darüber wurde fortgesetzt und es sprach zunächst der Abg. Schmitt (N. Vp.). Seine Ausführungen lieferten darin, daß das Problem der Bürgerkriegs wegen der Bucher-proble der Landwirtschaft und der Sabotage der Industriellen den Kampf bis auf Messer und Gabel.

Abg. Dr. Sauer (Deutsche Vp.) besprach, nachdem er die Ausführungen Schmitts zuhören zuhören zuhören hatte, die einzelnen wirtschaftlichen Fragen und gab dem Reichs-wirtschaftsminister in verschiedenen Punkten recht. Nach einer Erwiderung des Reichswirtschaftsministers wurde die allgemeine Ausdrucksweise geschlossen und man trat in die Einzelberatung ein. Nach der Erledigung des Haushalts des Reichs-wirtschaftsministeriums sollte heute noch der Sonstige der Verwaltung des Reichsministeriums an die Reihe kommen.

Ein von dem Abg. Behrens (Deutschnat. Vp.) gestellter Antrag, einen Verbandsrat als Unterstaatssekretär einzus-tellen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde eine Beschließung des Ausschusses angenommen, wonach alle Bestimmungen in den Ernährungsordnungen aufgehoben werden sollen, durch die die Landwirte gehindert werden, die ihren Arbeitern auszubilden.

Deputatsbesitz ohne Beschränkung
auszuüben. Ferner soll der gesamte Organisationsplan des Reichswirtschaftsministeriums vorgelegt werden. Gemüßigt wird eine stärkere Organisation der technisch und volkswirt-schaftlich gebildeten Beamten. Ein Auschuß aus Mitgliedern der Nationalversammlung, der Reichsregierung und des Reichsrates soll das Geldvermögen der Reichsgeheimen prüfen, ihre finanziellen Ergebnisse und ihre Liquidation unter-suchen. Darauf kam es zur Abstimmung über einen von dem Abg. Trübner (Deutschnat. Vp.) gestellten Antrag, wo-nach der Erlass der Reichshäute den Besitzern des Viehes, von dem es gekauft wird, im vollen Umfange aus-gesprochen werden soll. Über diesen Antrag fand Sammelung

statt. Dabei wurden 104 dagegen und 102 Stimmen dafür ge-stimmt. Danach war das Haus beschlußunfähig. Die Sitzung mußte infolgedessen abgebrochen und es mußte eine neue Sitzung anberaumt werden. Diese neue Sitzung begann um 7/5 Uhr. Den Anfang bildete der Beschluß, die Abstimmung über den Antrag einstweilen auszusetzen, damit sich nicht abermals die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergibt. Darauf wurde in der Einzelberatung fortgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Aufhebung der einzelstaatlichen Gesandtschaften. Nach Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung ist die Frage der Beziehungen zwischen den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches. Den einzelnen Ländern steht kein Recht mehr zu, bei auswärtigen Staaten Ge-sandtschaften zu halten. Mit Rücksicht hierauf sind die bayerischen Gesandtschaften in Petersburg und Rom (beim königlich-italienischen Hof) mit Wirkung vom 1. November 1918 aufgehoben worden. Die Aufhebung der Gesandtschaft in Paris dürfte in kurzem erfolgen. Die bayerischen Gesandtschaften in Wien und Bern werden vom 1. November 1919 ab zunächst in Liquidation und nach deren Durch-führung ebenfalls zu bestehen aufhören. Die bayerischen Handelsabteilungen in Bern und Wien führen ihre Ge-schäfte bis zur weiteren Befestigung in der bisherigen Weise fort.

* Eine sagenhafte katholische Monarchie. Der Erz-bischof von München dementierte auf dem Münchener Katholikentag mit aller Entschiedenheit die Meldung des „Tenns“, daß mit Unterfertigung des Vatikan von der Schweiz aus die Bildung einer katholischen Donau-monarchie in Mitteleuropa beschlossen würde. Der Erz-bischof rief aus: „Der Unfug kann noch so groß sein, er werde doch in die Welt hinausgerufen.“ Im Anschluß an diese Zurückweisung forderte der Erzbischof ein Geheiß der Wahrheit und menschlichen Schutzes gegen Verleumdung. Dieses Geheiß der Wahrheit werde nach Ansicht des Erz-bischofs auch die Augen darüber öffnen, wo, wer und worin im Weltkriege gescheit worden ist.

* Unser künftiges Offizierskorps. In einer der Nationalversammlung zugegangenen Denkschrift, die sich mit der Organisation unseres zukünftigen Heeres befaßt, wird über die innere Gliederung des Offizierskorps ge-sagt: Das Verhältnis der Dienstgrade zueinander soll in diesem Offizierskorps in den Hauptzügen das gleiche sein wie im alten, so daß auch mit einer ungefähr ähnlichen Beförde-rungsansicht für den einzelnen zu rechnen sein wird. Prozentual vermindert wird die Zahl der Leutnants, weil in einem Heer, dessen Unteroffiziere und Mannschaften lang-bienende Kapitalanten sind, die Zahl der Offiziere als Unter-führer weniger groß sein muß und weil andererseits eine längere Durchbildungszeit für die zukünftigen Offiziere notwendig wird. Es sind hierfür drei bis vier Jahre in Aussicht genommen. Zur Offizierslaufbahn werden alle Freiwilligen Zutritt erhalten, die die wissenschaftlichen und praktischen Bedingungen der Prüfung erfüllen. Jeder Offiziersanwärter hat alle Dienstgrade zu passieren, Standesbezeichnung fällt fort. Das Heer besteht aus 200 000 Offizieren, 749 000 Mann, 342 000 Mann und 24 000 Mann. In Zukunft sind diese Zahlen zu halbieren.

* Die Räumung des Baltikums. Der Abtransport aus dem Baltikum geht planmäßig weiter. Erfreulich-weise habe sich auch ein Sammeltransport früherer deutscher und zuletzt westrussischer Truppen zur Heimkehr bereit gefunden. Diese Truppen stammen vom linken Flügel der westrussischen Armee.

* Die Landeskommandanten. Als Landeskomman-dant im Sinne der Vereinbarung über das zukünftige Wehrgeheiß ist für Preußen der Generalleutnant v. Dren, Führer des Wehrkreiskommandos III bestellt worden. Die entsprechenden Posten für Bayern wurden mit General-major v. Wöhl, für Sachsen, Generalmajor Müller, für Württemberg Generalmajor Haas und für Baden General-major v. Davans besetzt.

* Entente-Seeräuberei. Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Entente noch vor der Blockade-Erklärung zwei kleine deutsche Segler „Gitta“ und „Nade“, die auf der Fahrt von Island nach Holland unterwegs waren, in der Dikse aufgebracht und nach einem dänischen Hafen verschleppt. Die Reichsregierung erhebt gegen diesen Völkerrrechtsbruch scharfen Protest und verlangt Heraus-gabe der aufgetragenen Schiffe.

* Thüringische Städte unter Belagerungszustand. Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den Bezirken Kreis Schleusingen, Landkreis Ohrdruf, Stadt Jella, Mehlis den Ausnahme-zustand verhängt. Grund: Waffendiebstähle, Gewalttätig-keiten und andere ungehörige, ungesetzmäßige Handlungen. Truppen sind an Ort und Stelle eingetroffen.

* Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Zwischen Vertretern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der katholischen Arbeiter-vereine haben in den letzten Tagen Verhandlungen statt-gefunden, die zu einer Einigung geführt haben. Die Lösung der den Arbeitervereinen und Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben soll dadurch gefördert werden, daß aus Ver-tretern beider Organisationen ein Ausschuss gebildet wird.

Deutsch-Osterreich.

* Verzicht im Hause Salzburg. Der frühere Erz-herzog Franz Salvator, der Schwiegersohn des Kaisers Franz Joseph, dessen ältester Sohn Subert Salvator sowie Erzherzog Josef Ferdinand, der Chef des Hauses Toskana, sein Bruder Heinrich Ferdinand, seine Mutter Großherzogin Alice von Toskana und seine Schwestern Margarete, Agnes und Germana haben die im Gehebe über die Landesverweisung und die Übernahme des Ver-

mögens der Kaiserin Elisabeth-Vorlesungen vorangeschriebene Erklärung abgegeben, auf die Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr resultierenden Privilegien Ansprüche ausdrücklich zu verzichten und sich als getreue Staatsbürger der Republik zu bekennen. Die Staatsregierung hat diese Erklärungen als ausreichend befunden. Daher erstreckt sich die gesetzliche Landesverweisung auf die genannten ehemaligen Erbkaiserin und Erbkaiserinnen nicht mehr.

Belgien.

* „1153 Auszuliefernde“. Halbsamtlich wird mitgeteilt, daß der belgische Ministerrat eine 1153 Namen enthaltende Liste von deutschen Zivil- und Militärpersonen gutgeheißt hat, deren Auslieferung verlangt werden soll. Die Liste wird nach Paris geschickt werden.

Großbritannien.

* Heimbeförderung der abstimmberechtigten Kriegsgefangenen. Die englische Regierung hat verfügt, daß die Heimführung der in englischer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in nächster Zeit reiflos durchgeführt werde. Vor allem werde dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend die Entlassung der in den Abstimmungsgebieten beheimateten mit größtmöglicher Beschleunigung betrieben.

Schweiz.

* Das Ergebnis der Wahlen wird, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, folgende Zusammensetzung des Nationalrates bringen: Freisinnige 60 bis 100, Katholiken 40 (40), Liberale 10 (10), Bauern 25, Sozialisten 40 (20). Die übrigen 14 Sitze von 189 Nationalratsmitgliedern fallen wie bisher den Abgeordneten verschiedener Gruppen zu. Eine absolute Mehrheit besteht also im neuen Nationalrat nicht mehr.

Aus In- und Ausland.

* Lugern. Nach dem Wahlergebnis in den hauptsächlichen Gemeinden wird die neue Kammer sich zusammensetzen aus 22 Katholiken, 13 Sozialisten, 7 Radikalen, 4 Mitgliedern der nationalen Unabhängigkeitspartei und 2 Mitgliedern der unabhängigen Volkspartei.

* Montevideo. Der Präsident der Republik Uruguay hat den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet und ein Dekret erlassen, durch das die politischen und kommerziellen Beziehungen zu Deutschland wiederhergestellt werden.

Scheuch und Ludendorff.

Erklärung des ehemaligen Kriegsministers.

Der Vorwurf Ludendorffs in seinen „Kriegserinnerungen“, der Kriegsminister habe sich im Oktober 1918 nicht schuldig vor dem Kaiser und das Heer gestellt, ist von General Scheuch nicht zurückgezogen worden. Obwohl der frühere Kriegsminister es wiederholt versucht hat, ihn von der Unrichtigkeit des Vorwurfs zu überzeugen, General Scheuch veröffentlicht jetzt eine Erklärung, die sich gegen Ludendorffs Vorgehen wendet. In der Erklärung Scheuchs heißt es zum Schluß: „General Ludendorff beharrt dabei, daß seine Behauptung wahr, seine Beweisführung richtig sei. Mit der gleichen Begründung verweigert er auch die von mir geforderte persönliche Genugtuung für die schwere Ehrenkränkung. Ich sehe mich gezwungen, nunmehr auf Nichtleistung in der Öffentlichkeit hinzuwirken, und überlasse es dem Urteil derjenigen, die wirklich nüchtern urteilen wollen, den Wert einer solchen Erinnerung richtig einzuschätzen. Ich bedaure es sehr, zu dem Schritt in die Öffentlichkeit gezwungen zu sein. Vom Deutschen Offizierbund will ich aber diesen Streit zwischen General Ludendorff und mir fernhalten. Ich werde daher den Vorfall niederlegen.“

Deutsch-polnische Grenzregulierung.

Verpflichtung des Friedensvertrages.

Die Blättermeldungen über den angeblichen Verlauf von Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in den Fragen der Grenzregulierung entsprechen nicht den Tatsachen. Die deutsche Regierung versucht eine Verzichtung der durch den Friedensvertrag festgelegten Grenzen da zu erreichen, wo Gebiete mit einer ganz überwiegenden deutschen Bevölkerung zu Polen geschlagen worden sind und zahlreiche dringende Gründe um Verlassung beim Deutschen Reich vorliegen. Zunächst wird es sich darum handeln, daß die mit der Festlegung der Grenze nach dem Friedensvertrage betraute Kommission, die bisher mehr oder weniger nur topographische Aufgaben besitzt, eine erweiterte Zuständigkeit erhält, ferner daß die ethnographisch strittigen Gebiete einer besonderen, den Abstimmungsgebieten ähnlichen Behandlung in Bezug auf Festlegung und Verwaltung unterstellt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung bereits die entsprechenden Schritte getan, ohne daß jedoch eine Entscheidung vorläge.

Hallig Hooge.

Ein Nordsee-Roman. Von Anny Bothé.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1917 by Deutsche Verlagsanstalt, in Stuttgart.

„Warum sind Sie nicht im Hause geblieben?“ fragte er.

„Ich ging Eise suchen. Es taugt nichts, wenn das Kind so spät draußen ist.“

Eise ist aber längst im Hause. Ich traf sie vorhin weinend vor Peer Owens Tür“, sagte er hastig.

Und Britta dachte: „Er gibt also doch zu, daß er eine Zusammenkunft mit Eise hatte.“

„Es ist schrecklich mit dem Kinde“, seufzte sie. „Immer will sie zurück in das alte Haus. Wir können sie doch unmöglich allein darin lassen.“

„Sie ist unglücklich, daß eine Fremde morgen dort einziehen soll. Ist es wahr, daß Ihr Bruder die Hütte an Frau von Eise für den ganzen Sommer vermietet hat?“

„Leider! Da glaubte ich Interesse Eises zu handeln, wenn er das hohe Angebot der Fremden annahm. Meine abmahnenden Blicke verstand er nicht. Es ist ganz unbegreiflich von ihm, daß er blind handelt, wie es doch sonst gar nicht seine Art ist.“

Die Wellen gingen hoch und schlugen über den Steg, so daß Britta beinahe ins Wasser gerissen wurde, wenn nicht Holms kräftige Hand sie gehalten hätte.

Es war ihm fast, als zitterte die hohe Mädchengestalt, als er schlingend seinen Arm um sie legte.

Oder zitterte er selbst.

Er gab Britta sofort wieder frei.

„Wollen wir uns nicht einen weniger gefährlichen Standpunkt für unsere Unterhaltung suchen?“ fragte er mit einem leichten, recht verunglückten Versuch zu scherzen.

„Ich stehe so gern hier, Herr von Thümen. Immer habe ich das Gefühl, als sei ich hier mitten im Wellengebrause, der Ewigkeit am nächsten. Überall Himmel und Wasser, da drüben nur, ganz verschwimmend, wie ein Silberstreif das Festland und dort die Dünen im Dämmergrau. Wenn ich

Der Kampf um den Völkerbund.

Amerikas Vorbehalte.

Zum erstenmal seit Beginn der Senatsdebatten wird jetzt ernstlich von der Möglichkeit gesprochen, daß Amerika weder ratifizieren, noch dem Völkerbund beitreten wird. Die Möglichkeit, daß die Ablehnung des Vertrages von den Anhängern Wilsons ausgehen werde, ist zwar erstaunlich, aber die Ursache dafür ist in der Gegnerschaft der Mehrheit von Senatoren gegen die Vorbehalte zu suchen. Der demokratische Senator Reed hat einen neuen Vorbehalt vorgeschlagen des Inhalts, daß Amerika sich das Recht vorbehält, selbst zu bestimmen, welche Fragen seine Ehre und seine Lebensinteressen beeinträchtigen. Derartige Angelegenheiten würden dem Urteil des Rates oder der Versammlung des Völkerbundes oder irgendeiner anderen Vertretung des Bundes nicht unterliegen, noch auch der Entscheidung oder irgendwelchen Anträgen irgendeiner anderen Macht. „New York World“ bemerkt, daß die Annahme eines derartigen Artikels die deutsche Diplomatie aus der Zeit vor dem Kriege rechtfertigen würde. Die Freunde Wilsons wollen lieber den Friedensvertrag ganz und gar verwerfen, als eine derartige Abänderung annehmen. Man glaubt, daß der Kampf um den Völkerbund jetzt erst wirklich beginnt.

„Die rheinische Mark.“

Der neueste französische Köder!

Daß die Rheinlande deutsch sind und bleiben wollen, paßt den Franzosen ganz und gar nicht. Mit allen Mitteln versucht man, die Rheinländer ins französische Lager zu locken. Im Hinblick auf den Tiefstand der Mark hat nun der „Temps“ ein neues Mittelchen entdeckt. Er behauptet nämlich, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, wenn die geschäftlichen Transaktionen wieder frei würden, offenbar die Deutschen die Absicht hätten, den Preis der Waren zu erhöhen, weil gesagt werde, er entspreche nicht dem hohen Getreidepreis, den hohen Löhnen, dem Preis der Kohlen und schädliche den Markkurs. Man scheine die Absicht zu haben, sagt „Temps“, durch diese Preiserhöhung den Kredit Deutschlands wiederherzustellen, indem man eine allgemeine Lebensversicherung organisiere. Wenn man voraussetze, daß das Deutsche Reich gezwungen sei, um seinen Kurs zu verbessern, zu einem derartigen homöopathischen Mittel zu greifen, dann müsse man bemerken, daß die Rheinlande für sich genommen nicht unbedingt darin inbegriffen sein müßten. Das Rheinland sei sehr reich. Wenn man ihm Rohstoffe liefere, so könne es so viel ausführen, daß, wenn man die rheinische Mark abschleppen würde, der Kurs rasch höher stehen würde als der der andern deutschen Banknoten. Das Rheinland hätte also gar kein Interesse, unter das wirtschaftliche Regime zu fallen, das das übrige Deutsche Reich annehmen werde, ein Regime, das doch die vollkommene Freiheit des Austausches nur unter der Bedingung wieder herbeiführen könne, wenn die Breite stark in die Höhe gingen. Die Rheinlande hätten also ein Recht, ein besonderes wirtschaftliches Regime zu verlangen, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten sei.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 30. Oktober.

o Vergiftungen mit Methyloalkohol. Dr. Werner-Bab schildert in einer medizinischen Zeitschrift mehrere schwere Fälle von Selbstmord nach Methyloalkoholvergiftung. Es handelte sich um Getränke, die durch den Schleichhandel in den Verkehr gekommen waren. Solcher Fäulnis ist gemeinlich wie der Brennspiritus mit Methyloalkohol vermischt. Leider haben aber auch viel vornehmer Getränke, Liköre, Rum, Kognak, Stibowits, häufig einen Zusatz von Methyloalkohol. Man kann daher nicht vorsichtig genug sein und vermeide jedes alkoholische Getränk unbekannter Herkunft, auch wenn er, wie das häufig vorkommt, als „Friedensware“ verkauft wird. Die Methyloalkoholvergiftung äußert sich in Kopfschmerzen, Magenkrämpfen, Erbrechen, Betäubung und Erblindung. In schweren Fällen führt die Vergiftung zum Tod. Am gefährlichsten sind die Erkrankungen des Auges, die nur selten ganz heilen, mitunter aber zur Abwägung des Sehvermögens oder zu völliger Erblindung infolge Entzündung der Sehnerven führen. Der Methyloalkohol oder Holzgeist wird aus der trockenen Destillation des Holzes gewonnen und ist so rein dargestellt, daß er sich weder im Aussehen noch im Geruch von dem gewöhnlichen Alkohol unterscheidet. Acht Gramm wirken schon giftig, dreißig Gramm wirken unbedingt tödlich. Daher haben viele Ärzte schon ein Verbot der Herstellung des Holzgeistes befürwortet.

das sehe, dann empfinde ich so recht, wie schön, wie unendlich schön unser kleines, weltfernes Eiland ist.“

Holm nickte.

„Ja, schön wie ein Wunder, Fräulein Britta. Es ist mir in der kurzen Zeit, die ich hier bin, zu einer zweiten Heimat geworden. Desto schmerzlicher für mich, ihr nun sobald „Gedewohl“ sagen zu müssen — schmerzlich und bitter.“

Seht müßt Holm die Bankette halten, denn sonst hätte eine feste Sturzweile sie einfach hinweggespült.

Ein Herz klopfte laut. Hastig, Brittas Hand an der seinen haltend, als fürchte er eine Wiederholung des Wellenspiels, drängte er:

„Kommen Sie, Fräulein Britta, es wird hier wirklich zu gefährlich; wir müssen zurück.“

Sie nickte nur mit einem totenblauen Gesicht und ließ ihm die Hand, an der er sie sorgsam über den schmalen Steg führte, indem er vorsichtig voranschritt und sie hinter sich herzog.

Ohne ein Wort zu sprechen, erreichten sie den Strand. Dem Mondlicht selig verflärt, schwamm die Hallig wie ein Märchenbild auf den Fluten.

Britta atmete tief auf, die Farbe kehrte langsam in ihre Wangen zurück.

„Sie wollen Hallig Hooge verlassen, Herr von Thümen?“ fragte sie jetzt schon. „Wir hatten geglaubt, daß Sie lange bleiben wollten, Jahre lang.“

Er sah ihr tief in die Augen.

„Das habe ich auch geglaubt, aber wenn Sie sich hier einnistet, die Frau, die ich leider, vom Schicksal gezwungen, Ihnen selbst ins Haus bringen mußte, dann ist hier meines Lebens nicht.“

„Sie kennen die Frau?“

„Etwas wie Angst klopfte ins Brittas Gehirn.“

„Ja, sie war es, die meine Jugend vergiftete, die mir den Glauben an Liebe und Treue nahm, die mich betrog. Frau von Eise war vor Jahren meine Braut. Nun wissen Sie, warum ich nicht bleiben kann, wenn Sie auf ihrer Absicht beharren.“

Britta war stehen geblieben — ihr stockte der Herzschlag. Und warum soll die Fremde nicht gehen, damit Sie bleiben können?“ fragte sie ruhig und beherrschend.

Keine Beheizung der Personenwagen.

Die Eisenbahndirektion Essen teilt mit: Auch im kommenden Winter muß die Heizung der Personenwagen wegen Mangels an Heizschlacken und zur Herabminderung des Kohlenverbrauchs wesentlich eingeschränkt werden. Die Reisenden handeln daher zum Vorteil ihrer Gesundheit, wenn sie bei Benutzung der Eisenbahn Winterschutzkleidung, Decken usw. mitnehmen.

Zu den Einschränkungen im Personenverkehr an Sonntagen sei noch mitgeteilt, daß für den Sonntagsverkehr nur Arbeiterwochenkarten, Monatskarten und sonstige Zeitkarten Gültigkeit haben. Gewöhnliche Fahrkarten für kurze Strecken werden Sonntags nicht ausgeben; ausgenommen sind Fahrkarten für Reisen über 200 Kilometer, die auch Sonntags zur Fahrt berechtigen.

Vom Landesfinanzamt Münster.

Dem Landesfinanzamt Münster, mit dessen Geschäftswahrnehmung der Abg. Geh. Regierungsrat Dr. Schmieding beauftragt ist, untersteht die gesamte Steuer-, Zoll- und Reichsvermögensverwaltung für den Bereich der Provinz Westfalen und das Land Lippe-Deimold. Die Reichsvermögensverwaltung deckt sich im allgemeinen mit der bisherigen Intendantur. Schmieding ist seit langen Jahren im Landtage und neuerdings in der Landesversammlung Berichterstatter in Steuer- und Staats-Finanzsachen gewesen und ist dieserhalb für befähigt befunden, das Amt des Präsidenten des Landesfinanzamtes zu verwalten.

Der Kaffee soll billiger werden. Nach Mitteilungen des Wirtschaftsministers sind mit der brasilianischen Regierung Verhandlungen über Einfuhr von Kaffee im Gange. Es sei zu hoffen, daß der Kaffeepreis sich, falls die Verhandlungen erfolgreich sein würden, auf 8 Mark das Pfund stellen würde.

Halver, 30. Okt. In vergangener Nacht hat es hier Eis gefroren. Das Thermometer sank auf Grad unter Null.

Lüdenscheid, 29. Okt. Wegen Differenzen in der Eingemeindungsfrage wurde dem Oberpräsidenten die Bitte unterbreitet, die Ernennung eines Amtmannes für das Amt Lüdenscheid vorläufig auszusetzen. Hierauf ging folgende Antwort ein: „Im Hinblick auf die bevorstehende Aenderung der Gemeinde-Gesetzgebung, die voraussichtlich den Amtsversammlungen das Recht der Wahl des Amtmannes bringen wird, sollen nach ministerieller Anordnung Amtmänner nur noch kommissarisch angestellt werden. Der kommissarische Auftrag kann jederzeit zurückgezogen werden, wenn ein erheblicher Grund dazu vorliegt. Als solcher würde die Eingemeindung des Amtes selbstverständlich gelten.“

Lüdenscheid, 29. Okt. Der Herr Oberpräsident hat den Amtmann-Stellvertreter Krumm zum kommissarischen Amtmann des Amtes Lüdenscheid ernannt.

Lüdenscheid, 29. Okt. Die Einwohnerzahl der Stadt beträgt nach der Volkszählung vom 8. Oktober d. J. 31.250, bei der Personenstandsaufnahme 1913 betrug sie 33.689.

Altena, 29. Okt. Schon vor dem Kriege wurde der Wert des allgemeinen Jugendwanderns immer mehr erkannt. Jetzt aber, wo die Aufrichtung der Volkskraft die wichtigste der vielen wichtigen Aufgaben der Gegenwart sein dürfte, tritt seine Bedeutung verstärkt hervor. Alle Freunde der Jugend und Volkswohlfahrt sind sich darin einig, daß es kaum einen besseren Weg zur nachhaltigen Beeinflussung von Lebensauffassung und Lebensführung gibt als die frühzeitige und regelmäßige Führung mit der Natur. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit, den Samstagsschluß und den jährlichen Urlaub haben die meisten jugendlichen Angestellten und Arbeiter jetzt eine Fülle freier Zeit. Es gilt, diese Scharen durch ein reichhaltiges Ueberrachtungsstätten aus dem Wirtshaus, Kino und Tanzsaal hinauszulocken in Wald und Flur, soll es mit der Volkskraft nicht noch weiter bergab gehen. Dem soll das werdende Reichsherbbergsnehdienen, das vom Sauerland durch die Anregungen von Lehrer Rich. Schirrmann, Altena seinen Ausgang nahm. Der Gedanke ist in allen Gebieten des Reiches auf guten Boden gefallen. Ueberall entstanden Zweigausschlüsse oder sind in Bildung begriffen. In diesen wirken, ständig steigender Zahl mit: Gebirgs-, Lehrer-, Turn-, Wandervogel-, Pfadfinder-, Schwimm-, Ruder-, Spiel-

„Ihr Bruder hat ja selbst diesen Weg verbaut. Ich deutete ihm an, daß ich nicht Lust habe, mit der Geretteten unter einem Dache zu wohnen und ich selber habe ihn gebeten, sie irgendwo anders unterzubringen, so lange sie auf der Insel sein muß. Aber ich habe natürlich nicht daran gedacht, daß Ihr Bruder mit Frau von Eise ein Abkommen für den ganzen Sommer treffen könnte.“

„Da ist auch mir unbegreiflich — ich habe aber die Empfindung, daß er gar nicht anders konnte. Frau von Eise versteht es, ihren Willen andern aufzuzwingen. Doch ich meine, die Sache würde sich noch rückgängig machen lassen.“

Holm lachte heiser auf.

„Da kennen Sie die Latkraft dieser Frau schlecht. Es ist nicht zu unterschätzen. Das einzige wäre nur, daß Sie es in der einfachen Fischerhütte nicht aushalten könnte. Die Dame ist sehr verwöhnt und Peer Owens Fischerhütte möchte ihr wenig bezaubern.“

Da lächelte Britta wieder und sagte:

„Dann können wir sicher darauf rechnen, daß die schöne Frau das Feld räumt. Abzuziehen hätte ich nie von Ihnen gedacht, daß Sie vor einer Frau die Flucht ergreifen würden. Wenn Frau von Eise in Peer Owens Wirtshaus wohnt, so brauchen Sie ja nicht mit ihr zusammenzukommen. Die Halligbewohner, wortkarg und mißtrauisch gegen Fremde, werden ihr auch nichts zuliebe tun und, so meine ich, wird Frau von Eise nicht allzu lange Gast auf Hallig Hooge sein.“

Holm hörte mit geheimem Befagen, wie dringlich Britta sein bleiben befürwortete. Dennoch schüttelte er den Kopf.

„Nein, Fräulein Britta, so schwer mir auch das Scheiden wird, mit dieser Frau zusammen kann ich nicht auf Hallig Hooge atmen.“

Britta setzte den blonden Kopf tief auf die Brust.

„So lieben Sie diese Frau, die Sie betrog, noch immer?“

Holm sah die Sprecherin fast erschrocken an.

„Sie irren, Fräulein Britta. Mein Herz weh nicht, mehr von einer Liebe, die lange tot ist. Aber der Satz, der glühende Satz, ist es. Ich erlicke in der Nähe dieser Frau, die immer in der Nähe der Rüste spielt, um Abgesprochenes neu zu tun.“

Könige im Exil.

Die Fürstenanlicht in der Schweiz.

Die Engländer befaßen sich mit den früheren Herrschern mehr als wir, und mit ziemlichem Schadenfreude verzeichnen sie die Nachrichten aus der Schweiz, wo mehrere von ihnen Zuflucht gefunden haben.

Nach diesen Nachrichten ist am schlechtesten dran König Konstantin von Griechenland. Seit Kaiser Wilhelm nach Holland flüchtete, sind die Zuflüsse aus Deutschland ausgeblieben, und der griechische König war mehrfach nicht in der Lage, seine Hotelrechnungen zu bezahlen. Konstantin und seine Familie haben ihr Quartier im Hotel „National“ in Luzern. Er muß die Geldmittel seiner früheren Untertanen in Anspruch nehmen, der früheren Minister Theodoris, Streit u. a. Seine Wochenrechnung beträgt 2400 Franc, was nicht allzu viel ist, wenn man bedenkt, daß das Gefolge aus sechzig Personen besteht. Früher hatte Konstantin in der internationalen Fremdenkolonie der Schweiz viele Verehrer, die phantastische Feste zu seiner Ehre veranstalteten, aber das hat nun nachgelassen. Es soll sogar bei solchen Gelegenheiten in Saint Moritz und Lugano mehrfach ein bißchen toll hergegangen sein. Konstantin macht jetzt weite Spaziergänge zu Fuß, da er über keinen Wagen verfügt. Die königlichen Kinder radeln fleißig und finden, da sie schöne Figuren sind, viel Beachtung beim Publikum. Königin Sophie, die Schwester Kaiser Wilhelms, ist die Melancholie selbst. Da es nach den Hotelregeln 20 % mehr kosten würde, sich in den Privatzimmern servieren zu lassen, verzichtet sie auf diesen Luxus, und die königliche Familie ißt im allgemeinen Speisesaal, die Königin schweigend und traurig, während der König sich durch starke Getränke zu trösten sucht. Es heißt, daß er bei der deutschen Regierung um ein Darlehen von 8 Millionen Mark nachgesucht, aber mit dieser Bitte kein Glück gehabt hat. Prinz Nikolaus und der Herzog von Sparta spazieren geduldet am Seeufer herum, während Prinz Paul, wenn auch mit geringen Mitteln, ein hübsches Wiener Möbel herumschleift.

König Ludwig von Bayern hauste in einem alten Gebäude, halb Moser, halb Burg, zu Bizers im Kanton Graubünden, in der Nähe von Chur. Er ist jetzt 74 Jahre alt und wohl der traurigste von allen entthronten Fürsten. Karl von Österreich ist geradezu heiter im Vergleich mit ihm, und selbst die griechische Familie sieht sehr gegen ihn ab. Der alte Bayernkönig ist ganz einsam. Sein Sohn Rupprecht, der einmal sogar als Thronanwärter für Italien genannt wurde, soll sich

irgendwo in Deutschland aufhalten. Nur ein alter bayerischer General wird manchmal in seiner Gesellschaft gesehen, sie beschäftigen sich mit botanischen Studien und lesen Jagdgeschichten. Auch der Fürst von Lippe hält sich in der Gegend auf, und es geht ihm nicht glänzend.

Die Schweiz ist überhaupt voll von gestürzten Größen. Tirpitz war lange in Vassanne. In Locarno erwartete man die Ankunft Hindenburgs, aber das war wohl nur ein Gerücht. Prinz Windischgrätz lebt in Clavens, angeblich in geheimer Mission. Verdold und Andrássy halten sich in Zürich auf. Aber damit ist die Liste aller der Marschälle, Minister, Potentaten, Admirale, die jetzt in der Schweiz ein zurückgezogenes Dasein führen, nicht erschöpft. Es geht ihnen allen finanziell nicht besonders, und merkwürdig ist, daß sie sich ängstlich von einander entfernt halten. Offenbar gehen sie Erörterungen über die Vergangenheit sorgsam aus dem Wege, so meinen wenigstens die Gegner. Ein englisches Blatt meint, die geeignetste Strafe für Kaiser Wilhelm würde sein, daß man ihn nach der Schweiz verbannte, wo er ständig seine früheren Freunde, Diener und Berater im Exil um sich sehen müßte.

Vermischtes.

Ein bißiges Buch. Soeben hat ein Buch die Presse verlassen, das an die geistvollsten, aber auch ärsendsten seiner Art erinnert. Es ist es in dem Jahrhundert der großen französischen Revolution gegeben hat — in jenem Jahrhundert, in dem man das Äußerste sagen durfte, wenn es nur nicht plump, wenn es nur unterhaltend war. Der Titel des Buches lautet: „Friedrich der Vorläufige, die Biez und die Anderen.“ Der Verfasser zeichnet mit einem Deckbuchs „A.“, sonst nichts; wie es einst auch in Paris Mode war, hinter irgend einem durchsichtigen Bleidonnem sich lächelnd zu bergen. Wer aber die 322 Seiten dieser Weimarer Briefe durchliest, dieser Tageskritiken über das Werden unserer neuen Republik, der entdeckt sofort, daß hier die Feder geführt wird von demselben Publizisten, der seit einiger Zeit als „Germanicus“ für die bessere deutsche Lokalpresse schreibt. Während aber dieser „Germanicus“ sein Temperament zu zügeln versteht und es auch zügeln muß, da der Leserkreis einer Lokalzeitung schließlich doch keine Arena für die leidenschaftlichsten politischen Parteikämpfe bildet, kennt dieses „A.“ keinerlei Schranken; seine bißigen Sarkasmen, die weder vor dem Reichspräsidenten, den er „Friedrich den Vorläufigen“ nennt, halt machen, noch vor irgend einem andern unserer Meistenden, sind wohl das Wes-

tigste, was ein Mann von Geschmack heute überhaupt schreiben kann. Für unseren „A.“ sind die Politiker unserer Tage einfach Schilfbürger. So wie diese ein Dorf anzünden, um eine Kasse zur Straße zu bringen, so wollten jene „das Deutsche Reich zerlegen, um das alte System unter den Trümmern zu begraben.“ Das ganze Buch stellt sich auf diesen Gegenstand zwischen altem und neuem System, zwischen einst und jetzt ein. Unter allen Umständen halten wir das Persönliche in dem Buche für zu — sagen wir — faßig. Es ist vielleicht ganz gut, daß so bißige Bücher nur alle paar Jahrhunderte geboren werden. Man kann auch geistige Speise nicht immer scharf gewürzt genießen. . . .

Welt- und Volkswirtschaft.

* Der Viehbestand in Preußen. Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählungen vom 1. September 1919. Danach hat sich seit dem 2. Juni die Zahl des Rindviehs von 8 924 268 auf 8 929 844, der Schweine von 5 695 238 auf 7 889 362 Stück vermehrt. Die Pferdezahl hingegen hat einen Rückgang von rund 20 000, die Schafzahl einen solchen von etwa 200 000 Stück aufzuweisen. Im allgemeinen muß festgestellt werden, daß, abgesehen von der Schweinezucht, die Viehzucht sehr langsam fortschreitet. Es ist eine Folge der großen Vermählungen, die durch den Krieg nicht nur in den Viehbeständen, sondern auch in den Futtermitteln angerichtet wurden. Leider ist in dem letzten Quartal auch eine Abnahme der Milchkuhe um etwa 11 000 Stück zu verzeichnen, ebenso eine Abnahme der Kälber um 11 900 Stück. Demgegenüber weist das Jungvieh eine Zunahme um circa 280 000 Stück auf. Die Vermehrung der Zuchttauen beträgt nahezu 98 000 Stück.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 15 Jahre Zuchthaus. In dem Prozeß gegen die Mörder des Matrosen Roedel, der bei den Unruhen am 31. März als vermeintlicher Polizeigang in den Main geworfen wurde, haben die Geschworenen in Frankfurt a. M. das Urteil gefällt. Der Hauptschuldige namens Rivel wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, zwei andere Beigeilgte zu 8 und 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver.

Sie haben die Garantie der Echtheit, wenn Sie MAGGI Würze in Originalflaschen kaufen.

Besonderen Vorteil bietet die grosse Originalflasche zu M. 8.50, aus der Sie Ihr kleines MAGGI-Fläschchen selbst wieder füllen können. Dann stellt sich das Gramm Würze auf nur etwas über 1/2 Pf. Man achte darauf, dass der Originalverschluss unversehrt ist.

Gelegenheitskauf!

Eisenstücke, glatt abgeschliffen, in den Abmessungen und Quantitäten wie folgt:

38x5.38x5 1/2	45x6	50x6 1/2	52x6 1/2
ca. 4800	2700	6500	10000
55x6 1/2	60x7	80x7 1/2	70x8
4000	6500	800	6700
90x9	105x9	110x9	120x9
2500	240	500	300
130x12 mm			600
700 St.			

Ferner ca. 15 000 kg. S. M. Quadratischeisenstücke, angerostet, 16 mm, ganze Länge 265 und 310 mm, glatt abgeschliffen, hat preiswert abgegeben.

Industrie G. m. b. H., Radevormwald.

Amt Kierspe.

Es mehren sich die Fälle, daß bei Abmeldungen aus der Lebensmittelversorgung die Verzeichnenden es unterlassen, ihre Lebensmittelmarken zur Abmeldestelle mitzubringen.

Als Entschuldigungsgrund wird angegeben, die Marken befänden sich bei dem Kleinhandeler und nicht im eigenen Besitz.

Ich mache darauf aufmerksam, daß jeder Verzeichnende verpflichtet ist, seine Marken vor der Abmeldung vom Kleinhandeler zurückzuholen.

Vor Abgabe der Marken wird eine Abmeldung grundsätzlich nicht erteilt werden.

Kierspe, den 28. Okt. 1919.

Der Amtmann: J. B. Pfeiffer.

Bekanntmachung.

Wiederholte Fälle geben mir Veranlassung die Milch-erzeuger auf die Wichtigkeit der genauen Ausfüllung und pünktlichen Einreichung der Milchanzeigen hinzuweisen. Von der pünktlichen Einreichung der Milchanzeigen hängt die Zett-versorgung der Allgemeinheit ab.

Ich ersuche nun um pünktliche Innerehaltung des Termins. (3 eines jeden Monats.)

Kierspe, den 24. Okt. 1919.

Der Amtmann: J. B. Pfeiffer.

Amts-Sparkasse Halver.

Vermietung von Schrankfächern.

Durch Aufstellung eines neuen Schrankes im feuer- und diebstahlsicheren Gelaß der Sparkasse haben wir eine Anzahl Schrankfächer für unsere Kundschaft verfügbar machen können.

Anträge auf Verleihung eines Faches können im Kassenraum gestellt werden, woselbst auch die Bedingungen zu erfahren sind.

Halver, den 2. September 1919.

Der Sparkassen-Vorstand.

Am Sonntag, den 2. Nov., nachm. 3 Uhr beginnend, findet im Saale der Christl. Gemeinschaft, Halver, Berlinerstraße 27, eine

Feier des Gesangsvereins

statt unter Mitwirkung des Gemischten Chors von Radevormwald. — Chorgesänge, Deklamationen und Ansprachen wechseln miteinander. — Kaffee 30 Pf. Jedermann ist herzgl. eingeladen.

Bauernratsitzungen der Gemeinde Kierspe

finden während der Wintermonate

jeden ersten Samstag 5 Uhr nachmittags

im Hotel Plate statt.

Um rege Teilnahme wird gebeten.

Geschäftsbogen
Mittelungen
Postkarten

Allgemeiner Anzeiger

Buchdruckerei
Halver i. W. Fernruf 42.

Haserausfuhrverbot.

Auf Grund der §§ 13 a und 82 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 (R. G. Bl. S. 525 ff.) in Verbindung mit dem Erlass des Preussischen Landesgetreideamtes vom 11. September 1919 — R. M. 981 A 32 — wird zur Sicherung der vom Kreise Altena zu erfüllenden Pflichtlieferung an Haser in Anlehnung an die ergangenen Bestimmungen über Haserausfuhrverbot folgendes angeordnet:

§ 1.

Es ist verboten, Haser aus dem Kreise Altena, sei es auf dem Bahn-, Land- oder Wasserwege, auszuführen. — Auch der Versuch ist strafbar.

§ 2.

Ausnahmen von dieser Bestimmung können von mir auf schriftlich begründeten Antrag der durch die zuständige Ortsbehörde einzureichen ist, zugelassen werden, sofern besondere, dringende Verhältnisse vorliegen.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen dieses Ausfuhrverbot werden gemäß § 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Altena, den 26. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

Thomée, Landrat.

Herren-, Damen-, Kinder-Geldbörsen Papier-Geldtaschen

empfiehlt

in reicher Auswahl zu billigen Preisen

Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstr. 5.

Hammer- und Gehäusen für Kofseuer, Maurerkellen- und Maurerkellen- und

möglichst Facharbeiter sucht
sich sofort gegen guten Lohn

Carl Baufloh,
Carthausen.

Wohnungssuche.

Witwe mit einem erwach-
senen Kinde sucht zu sofort
in Halver eine

2 Zimmerwohnung.

Offerten bitte unter A. K.
242 an die Geschäftsstelle
des „Allg. Anz.“, Halver.

Kleines Ackergut

von 2—3 Rühr vom 1. April
ab zu pachten gesucht.

Näheres zu erfragen in der
Geschäftsst. des Allg. Anz.

Ludendorff,

Kriegserinnerungen

vorrätig

Wilh. Bell jr., Halver.

Erhalte in den nächsten Ta-
gen ein Waggon

Pferdehändler.

Bestellungen nehme entgegen.

Ab. Herdepe, Halver.

Jeden Posten Öl- und ge-
ruchfreie

Rotweinflaschen

kauft laufend

G. Lamsberg, Ww.,
Halver i. W.,
Telefon Nr. 191.

Am Freitag, den 31. Okt.
habe eine schöne Auswahl
bester, schwere 1 1/2- und 2-
jährige

rheinisch-bela.
Pferde
zum Verkauf.

Herm. Heß, Kierspe-Bahnhof.
Fernruf 225.

Gute Aufnehmer

empfiehlt

Fritz Herm. Bohmer,
Schalkmühle.